

„Der große Boom kommt nicht zurück“

Der Historiker Heinrich August Winkler warnt vor einer nostalgischen Sehnsucht nach dem Wirtschaftswunder der alten Bundesrepublik

Herr Winkler, auf einmal gilt die lange geschmähte Adenauerzeit als Paradies von Sicherheit und sozialer Gleichheit. War früher alles besser?

Wir sollten uns vor Nostalgie hüten. Ein Zurück in die Zeit des großen Booms wird es nicht geben. Derart hohe Wachstumsraten waren absolut einmalig. Sie erklären sich nicht zuletzt aus dem Nachholbedarf infolge der beiden Weltkriege. Das darf man nicht nachträglich zur Normalität stilisieren.

Ohne vorherigen Krieg ist ein solcher Aufschwung nicht zu haben?

Jedenfalls nicht in diesem Ausmaß. Der Wiederaufbau sorgte in großen Teilen Europas für einen ungeheuren Schub an Investitionen. Aber es gab noch andere Faktoren, zum Beispiel den Massenkonsum im Gefolge steigender Löhne – Autos, Fernseher, Kühlschränke. Das veränderte die gesamte Alltagskultur. In Amerika hatte das schon früher begonnen, in Europa war es nach dem Krieg ein neuartiges Phänomen. In besonderem Maße gilt das für Deutschland. Hier waren die Erfahrungen ganz andere, nach der Weltwirtschaftskrise und der einseitigen Rüstungskonjunktur der 1930er Jahre.

Vor allem linke Autoren sehnen sich neuerdings nach der alten Bundesrepublik zurück.

Das erinnert mich an ein Wort des französischen Staatsmanns Talleyrand: Wer die Zeit vor der Französischen Revolution von 1789 nicht erlebt hat, der weiß nicht, wie süß das Leben sein kann. Manchmal habe ich gerade bei linken Autoren den Eindruck, sie ersetzen einfach die Jahreszahl 1789 durch 1989.

Und sie vergessen die Schattenseiten des Ancien Régime?

Während der Adenauerzeit haben linke Kritiker die restaurativen Tendenzen beklagt, und damit hatten sie nicht unrecht. Es gab große Beharrungskräfte im Umgang mit der Vergangenheit, beim Schutz des Mittelstands, in der Familienpolitik oder im Strafrecht. Von Erneuerung in diesen Bereichen wollte man damals nicht viel wissen – auch wenn andererseits der soziale Wandel kräftig voranschritt: Traditionelle Milieus lösten sich auf, die Kirchenbindung ließ nach, die Klassengesellschaft verlor ihre scharfen Konturen.

Und die Renten stiegen kräftig.

In der Tat: Sozialpolitisch gab es während des großen Booms Entwicklungen, die zum Teil durchaus korrekturbedürftig waren. Bei der Einführung der dynamischen Rente 1957, einem Wahlgeschenk Adenauers, wurden anhaltend hohe Wachstumsraten und steigende Bruttolöhne als selbstverständlich vorausgesetzt. Ein Irrtum, wie sich zeigen sollte.

Warum waren die guten Zeiten in den Siebzigern plötzlich vorbei?

Einer der Gründe ist der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods. Es hatte entscheidend zum großen Boom beigetragen, weil es für den Welthandel stabile Rahmenbedingungen schuf. Durch den Vietnam-Krieg und das großzügige Sozialprogramm des amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson verfiel der Dollarkurs aber immer mehr. Das zwang die Europäer ihrerseits zur Abstimmung ihrer Währungen. Daraus entstand das Europäische Währungssystem, eine Vorstufe der Eurozone.

Sanken die Wachstumsraten nicht einfach deshalb, weil der Rückstand durch die Weltkriege aufgeholt war?

Es war ein gewisser Sättigungsgrad erreicht. Die bis dahin prägenden Produktionssektoren hatten sich verausgabt, ohne dass bereits eine Ablösetechnologie in Sicht war. Das Erdöl stand als billiges Schmiermittel der Weltwirtschaft nicht mehr zur Verfügung, seit die Opec ihre Produktion 1973 beschränkt hatte – eine ganz große Zäsur, die sich den Westdeutschen durch die autofreien Sonntage tief einprägte.

Warum war die Ölpreiskrise so wichtig?

Weil der Preisschock zu einer forcierten Rationalisierung zwang: Menschliche Arbeitskraft wurde durch Maschinen ersetzt, der Siegeszug der Automation beschleunigte sich. Anders als der Westen war der Ostblock nicht in der



Als die Massen das Konsumieren lernten: Shoppen in der Frankfurter Innenstadt im Jahr 1958

Foto: J. H. Darchinger/Ab/D

Lage, von der extensiven zur intensiven Nutzung der natürlichen Ressourcen überzugehen. Landwirtschaft und Industrie waren hoffnungslos unproduktiv. Hinzu kam: Auch die Sowjetunion hob gegenüber den sozialistischen Bruderländern den Ölpreis erheblich an und bestand auf Devisenzahlung. Das

Wachstumsraten endgültig vorbei war?

Solche Stimmen gab es unter den Experten schon früh. Aber politisch waren die Konsequenzen schwer zu ziehen. Wenn man die Erwartung eines ständig steigenden Lebensstandards nicht grundsätzlich revidieren wollte, lag es nahe, sich durch Verschuldung über die Krise hinwegzureden – wie es der britische Ökonom John Maynard Keynes empfohlen hatte. Das galt für Staaten genauso wie für private Haushalte. Das Problem war nur: Man vergaß den zweiten Teil von Keynes' Theorie, das Sparen bei guter Konjunktur. Und die erhoffte Rückkehr des großen Booms fand nicht statt.

Aber die Unterschiede zwischen einer Sozialpolitik à la Norbert Blüm und Ronald Reagan waren doch beträchtlich?

In Sachen Verschuldung hat Reagan den Europäern locker den Rang abgeliefert! Richtig ist: Der sogenannte Neoliberalismus der Schule von Chicago sah im angeblich ausufernden Wohlfahrtsstaat die entscheidende Ursache für den Niedergang – und forderte den Abbau von Sozialleistungen. In der Praxis erwies sich das aber als schwierig. Steigende Arbeitslosigkeit und eine alternde Bevölkerung trieben die Sozialausgaben nach oben. Die Regierenden wollten die Massenloyalität nicht durch drastische Sozialkürzungen aufs Spiel setzen. Die Folge war: Nügendwo sank die Quote der Sozialleistungen, auch nicht in Groß-

britannien oder in den Vereinigten Staaten.

Also alles alternativlos?

Durchaus nicht. Am fatalsten wirkte die Überzeugung vieler Neoliberaler, die Zeit der Industriegesellschaft sei zu Ende und werde von einer Zeit der postindustriellen

Dienstleistungsgesellschaft abgelöst. Diese Theorie wirkte wie eine Prophezeiung, die für ihre eigene Erfüllung sorgt. Besonders radikal war die Deindustrialisierung in den Vereinigten Staaten – und noch mehr in Großbritannien, wo man die Folgen als desaströs bezeichnete. Die Amerikaner ha-

ben den Fehler erkannt, sie steuern seit einiger Zeit energisch dagegen. Ähnliche Tendenzen gibt es auch in Großbritannien.

Die Deutschen profitierten in dieser Hinsicht von ihrer notorischen Trägheit?

Nein. Dahinter steckte durchaus

Heinrich August Winkler, der Historiker des Westens

Heinrich August Winkler, geboren 1938 in Königsberg, war nach Stationen in Berlin und Freiburg von 1991 bis 2007 Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bekannt wurde Winkler ursprünglich mit seinen Forschungen zur Weimarer Republik. Mit dem Buch „Der lange Weg nach Westen“ (2000) stellte der politisch gut vernetzte Winkler die Berliner Republik in den Kontext der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, der Suche nach Freiheit und Einheit. Angesichts der Ukraine-Krise warnte Winkler zuletzt, die Deutschen dürften diese mühsam errungene Bindung an die westlichen Bündnispartner nicht aufgeben. Auch in der jüngsten Debatte um die Ursachen des Ersten Weltkriegs sah der Berliner Historiker einen Versuch, antiwestliche Sonderwege der Deutschen zu relativieren. Am 22. September erscheint der dritte Band seiner „Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall“ (C.H. Beck, 1258 Seiten, 39,95 Euro), der kommende Woche in Berlin von Finanzminister Wolfgang Schäuble vorgestellt wird.

Ein abschließender Band, der „Die Zeit der Gegenwart“ behandelt, folgt Anfang kommenden Jahres. Er wird für ein Geschichtsbuch höchst ungewöhnlich, bis in die unmittelbare Aktualität der europäischen und weltweiten Krisen hineinreichen – und mit dem Jahr 2014 enden, das Winkler schon jetzt als Jahr großer Zäsuren betrachtet.



Heinrich August Winkler

Foto: Andreas Pein

eine Strategie. Das lag auch daran, dass die deutsche Industrie besonders leistungsfähig war. Deshalb schien es unverantwortlich zu sein, auf die Karte der Deindustrialisierung zu setzen. Diese Mischung aus Erhalt und Modernisierung blieb präkär, aber es gab eben keinen industriellen Kahlschlag. So wenig, wie man in Deutschland von einem sozialpolitischen Kahlschlag sprechen kann. Da überwiegt eindeutig die Kontinuität. Wir leben in einer industriellen Dienstleistungsgesellschaft, die in mancher Hinsicht Modellcharakter hat.

Der Soziologe Ralf Dahrendorf sprach vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Die These teilen Sie nicht?

Wir haben in den letzten Jahren eine Sozialdemokratisierung konservativer Parteien erlebt. Natürlich sind traditionalistische Linksparteien, die sich den Herausforderungen der Gegenwart verweigern, zur Auszehrung verurteilt. Aber eine lernfähige Sozialdemokratie hat durchaus die Chance, wieder stärkste Partei zu werden. Die Agenda 2010 hat bei allen Fehlern im Detail gezeigt, dass die deutsche Sozialdemokratie dazu fähig ist. Es gibt weitere Beispiele, etwa in den Niederlanden, Schweden oder Dänemark.

Mit Wahlerfolgen war das nicht überall verbunden.

Natürlich nicht. Ein Teil der eigenen Klientel tut sich schwer mit dieser notwendigen Anpassung. Aber wenn der Lernprozess ausbleibt, werden die Probleme nur größer. Schauen Sie nach Frankreich: Die dortigen Sozialisten erlebten nie eine programmatische Revision wie die SPD, die sich 1959 in Godesberg mit der Marktwirtschaft aussöhnte. In Frankreich sehen viele Parteimitglieder in jeder Form von Stabilitätspolitik eine Sünde gegen den Geist der Tradition. Damit hat der Staatspräsident nun zu kämpfen.

Dann kam der Fall des Eisernen Vorhangs – und mit ihm der scharfe Wind des weltweiten Wettbewerbs. Ist das der Grund für die Nostalgie?

Die meisten Probleme, an denen wir heute laborieren, sind doch sehr viel älter. Der deutsche Weg zum Schuldenstaat begann in den 1970er Jahren mit dem Versuch, die Sozialleistungen auf dem Niveau der Boomjahre zu belassen. Die Globalisierung hatte schon 1944 durch das Währungssystem von Bretton Woods einen starken Auftrieb erfahren. Allerdings blieb sie zunächst auf die westliche Welt beschränkt. Aus dieser halbierten Globalisierung wurde mit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine ganze Globalisierung. Der vormalig nur im Westen verbreitete Kapitalismus trat seinen weltweiten Siegeszug an. Begünstigt wurde das durch die digitale Revolution.

Grundsätzlich neu war daran nichts?

Wellen einer beschleunigten Modernisierung hat es auch früher schon gegeben. Aber mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist ein Korrektiv verschwunden. So pervertiert der Gleichheitsanspruch des Kommunismus auch war: Durch seine schiere Existenz sah sich der Westen bis 1989 zu einem höheren Maß an sozialen Anstrengungen veranlasst. Inzwischen wissen wir allerdings, wohin die völlige Entfesselung der Kapitalmärkte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs geführt hat. Die Regierungen versuchen, dieses destruktive Potential wieder einzudämmen. Das ist der mühsame Lernprozess, den die Finanzkrise ausgelöst hat.

Die Nostalgie hat mehr mit der Gegenwart zu tun als mit der realen Vergangenheit?

Ja. Entscheidend ist eine nüchterne Bestandsaufnahme der Gegenwart. Natürlich gab es nach 1989 Fehlentwicklungen, die einer Korrektur bedürfen. Obenan die wachsende soziale Ungleichheit, gerade auch in Deutschland. Aber das ist noch lange kein Grund für die Verklärung einer angeblich goldenen Vergangenheit – und für ein fatalistisches Bild der Zukunft, in der sich angeblich nur destruktive Tendenzen durchsetzen.

Das Gespräch führte Ralph Bollmann.

Dieses Interview ist Teil einer F.A.S.-Debatte zur Frage: „War früher alles besser?“ Vorige Woche schrieb der Historiker Andreas Rödder, nächste Woche antwortet der Soziologe Wolfgang Streeck.